

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Geschichte als Argument – Wissen nachhaltig vermitteln

Derzeit gibt es eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung, ob wir einen strukturellen (Alltags-) Rassismus in Deutschland und Rheinland-Pfalz haben. Dabei bleibt die Debatte nicht auf einzelne Themenfelder begrenzt. Vielmehr werden alle Institutionen, Kodifikationen und auch der Wortschatz in diese Diskussion miteinbezogen.

Kontroverse gesellschaftspolitische Diskussionen sind in einer offenen und demokratischen Gesellschaft notwendig und zu begrüßen. Gleichwohl beheben sie die Probleme, die diskutiert werden, allerdings nicht, wenn die von einer lauten Minderheit geführte Diskussion zu einer Ablehnung in weiten Teilen der Gesellschaft führt. So hat das Institut für Demoskopie Allensbach im Jahr 2019 erhoben, dass 41 Prozent der Deutschen „political correctness“ übertrieben finden. 63 Prozent meinen, es gebe „zu viele ungeschriebene Gesetze, welche Meinungen akzeptabel und welche tabu sind“. 59 Prozent finden außerdem, man könnte sich eigentlich nur noch unter Freunden „frei äußern“.

Diese Entwicklung ist gefährlich. Denn dadurch werden tatsächlich bestehende Handlungsnotwendigkeiten nicht behoben und die Ursachen für Rassismus, Antisemitismus und Rechtsradikalismus bleiben bestehen oder verstärken sich ggf. sogar.

Die Realität macht auch deutlich, dass ein tatsächliches Handeln dringend notwendig ist. Die Straftaten mit antisemitischem Hintergrund sind im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz spürbar von 32 auf 50 Straftaten angestiegen. Hinzu kommen antisemitische Vorfälle, die nicht in der Statistik des Verfassungsschutzes geführt werden, da sie nicht zur Anzeige gebracht werden. Neben dem Antisemitismus mit rechtsradikalem Hintergrund nimmt auch der Antisemitismus, der sich aus antikapitalistischen Ideologien speist – gerade in der Corona-Krise – deutlich zu. Auch die Identitäre Bewegung hat einen inakzeptablen Zulauf. Unter dem Deckmantel, sich für die Freiheit einzusetzen, versuchen sie Verschwörungstheorien zu verbreiten und das Vertrauen in die Demokratie zu erschüttern. Zwar halten sich die Identitären bei ihrer Rhetorik gegenüber Juden auffallend zurück, aber (rechts-) radikales Gedankengut wird unterschwellig verbreitet. Allerdings gehört der Antisemitismus und auch (rechts-) radikales Gedankengut zur DNA der Identitären. So wird häufig deutliche Kritik am „Schuldskult“ geäußert und ein „Schlussstrich“ gefordert. Gegenüber Andersgläubigen wird eine Abgrenzung artikuliert.

Unabhängig davon, auf welchen Gründen der Antisemitismus beruht, darf er in unserer pluralistischen Gesellschaft keinen Platz haben.

Auch der Rechtsextremismus nimmt sowohl in der Bundesrepublik als auch in Rheinland-Pfalz zu. Sowohl Bundesinnenminister Seehofer (CSU) als auch Innenminister Lewentz (SPD) sehen in dem steigenden Rechtsradikalismus eine der größten Gefahren für unseren Rechtsstaat. Nach Einschätzung des rheinland-pfälzischen Amtes für Verfassungsschutz missbrauchen Extremisten die Corona-Krise für ihre Zwecke.

Ängste, Intoleranz und Hass lassen sich am besten durch Wissen und Aufklärung beheben. Denn nur dadurch können Stereotype und Vorurteile nachhaltig reduziert und aufgelöst werden.

Deshalb sind konkrete Handlungen notwendig.

1. Geschichte und Verantwortung greifbar machen – Antisemitismus muss verpflichtend in der Sekundarstufe I behandelt und deren Ausbreitung in der heutigen Zeit verhindert werden.

2017 hat die Körber Stiftung festgestellt, dass nur die Hälfte der 14- bis 16-Jährigen weiß, was Auschwitz-Birkenau war. Nach einer Umfrage des amerikanischen Fernsehsenders CNN im Jahr 2018 gaben rund 40 Prozent der deutschen Jugendlichen zwischen 18 bis 34 Jahren an, „wenig“ oder „gar nichts“ über den Holocaust zu wissen. 33 Prozent der Europäer schätzten ihr Wissen hierüber als „gering“ ein. Diese Zahlen sind beunruhigend. Verdeutlichen sie doch, dass die Gleichung „Lernen gleich Wissen“ nicht zutrifft.

Unter demokratischen Parteien und in der Gesellschaft ist es allgemeiner Konsens, dass wir den Holocaust nicht vergessen und nie wieder ein solches Verbrechen zulassen dürfen. Ein „Nie wieder!“ kann es aber nur geben, wenn wir uns der Verbrechen bewusst sind, die in der Vergangenheit in deutschem Namen verübt wurden. Gerade vor dem Hintergrund, dass es immer weniger Zeitzeugen gibt, die den Holocaust überlebt haben und hierüber Zeugnis ablegen können, ist es wichtig, dass junge Menschen in der Schule die Fakten über den Völkermord nicht nur lernen, sondern auch deren Dimensionen erfassen und verinnerlichen, dass solches Unrecht nie mehr passieren darf.

In den rheinland-pfälzischen Lehrplänen soll Rassismus und Antisemitismus behandelt werden. Gleichwohl kommt es vor, dass für eine intensive Befassung mit dem Nationalsozialismus nicht ausreichend Zeit verbleibt. Gerade weil vielen Schülerinnen und Schülern die Verbrechen während der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft nicht vollumfänglich bekannt sind, ist es unverständlich, dass der Geschichtsunterricht in Rheinland-Pfalz um eine Stunde reduziert wird oder an manchen Schulen wegen Lehrermangel sogar ausfällt. Denn nur wer die Vergangenheit kennt, kann aus ihr lernen und verhindern, dass sich Unrecht wiederholt.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Körber Stiftung muss auch die Art der Inhaltsvermittlung überarbeitet werden.

2. Rassismus durch Aufklärung entgegnet – Ursachen in der Schule besprechen
Unwissen, Vorurteile und Angst sind drei Hauptgründe für Rassismus.

Bereits auf dem Schulhof können Rassismus und fehlende Toleranz zu Worten und Taten führen, die sehr verletzend sind. Bleibt dies unwidersprochen, verfestigen sich Stereotypen bei den Kindern.

Deshalb müssen frühzeitig präventive und reaktive Maßnahmen ergriffen werden, die Kinder vor Diskriminierung und Anfeindung schützen und die Ursachen des Rassismus bekämpfen.

Die Schule als Ort der Wissens- und Wertevermittlung ist hierfür die richtige Plattform. Im Hinblick auf die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung müssen die bestehenden Lehrpläne angepasst werden, damit einer zunehmenden Polarisierung in der Gesellschaft durch Aufklärung der Nährboden entzogen werden kann.

3. Würdigung von Zivilcourage gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus von Schülerinnen und Schülern – Auslobung eines jährlichen Preises

Rassismus und Antisemitismus sind Alltagsphänomene, die in allen Lebensbereichen vorkommen – auch bereits in der Schule. Um diesen wirksam entgegenzutreten zu können, bedarf es gerade auch junger Menschen, die für unsere Werte und für Toleranz und Vielfalt eintreten und Ausgrenzung und Diskriminierung entgegenreten.

Bereits heute gibt es zahlreiche Preise, die ein solches Engagement würdigen. Gleichwohl gibt es in Rheinland-Pfalz keinen Preis des Landes, der sich explizit an Schülerinnen und Schüler richtet, die sich gegen Ausgrenzung und Intoleranz einsetzen. Dies muss sich ändern.

Deshalb soll die Landesregierung einen Preis ausloben, der einmal jährlich an bis zu drei rheinland-pfälzische Schülerinnen und Schüler verliehen wird, die sich

durch ihr öffentliches Auftreten gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit und für Toleranz und Vielfalt verdient gemacht haben.

Die Jury soll sich aus Vertretern der christlichen, jüdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften sowie aus honorablen Persönlichkeiten, die sich bereits im Sinne einer toleranten Gesellschaft eingesetzt haben, zusammensetzen.

Durch einen solchen Preis bekommen junge Menschen Vorbilder aus ihrer eigenen Alterskohorte. Gerade diese Vorbilder sind besonders wichtig.

Die Preisträger sollen einen anrechnungsfreien, einkommensunabhängigen monatlichen Betrag während der Ausbildung oder des Studiums (Regelstudienzeit) bekommen.

4. Das Judentum in seiner ganzen Breite wahrnehmen – Schaffung eines Lehrstuhls für Jüdische Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität

Menschen jüdischen Glaubens gibt es seit dem 4. Jahrhundert auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik. Eine reichhaltige jüdische Kultur hat sich während dieser Zeit entwickelt. Gleichwohl wird die Geschichte des Judentums – insbesondere in den Schulen – regelmäßig auf die Zeit während der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft in den Jahren 1933 bis 1945 reduziert.

Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden Dr. Schuster fordert, die jüdische Geschichte als Universalgeschichte zu begreifen, als historisches Geschehen, das nicht an bestimmten Landesgrenzen endet und dass sich über alle Bereiche von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft bis zur Kultur erstreckt.

Mainz war seit dem Mittelalter ein bedeutendes kulturelles Zentrum des Judentums und bis zur Zeit des Nationalsozialismus maßgeblich vom jüdischen Bürgertum geprägt. Die reiche jüdische Vergangenheit in Rheinland-Pfalz wird auch in den SchUM-Städten Worms, Mainz und Speyer sichtbar.

Im Wintersemester 1996/ 1997 wurde das Institut für Geschichte der Juden in Trier gegründet und 1998 nach dem bedeutenden israelischen Historiker deutscher Herkunft in Arye Maimon-Institut umbenannt. Das Institut widmet sich insbesondere der Erforschung der Geschichte der Juden insbesondere in Mittel- und Westeuropa mit Schwerpunkten im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit.

Durch die Einrichtung eines Lehrstuhls für Jüdische Geschichte in Deutschland, der sich mit der jüdischen Kultur und Geschichte in Deutschland, aber auch in Europa, bis zur Gegenwart beschäftigt, wird die Arbeit des Arye Maimon-Instituts ergänzt und eine ganzheitliche Aufarbeitung der jüdischen Kultur und Geschichte ermöglicht.

Der Lehrstuhl soll im Fachbereich Geschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz angegliedert sein.

Der Landtag stellt fest:

- Rheinland-Pfalz ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Hier haben Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz;
- dass bloße Absichtserklärungen nicht ausreichen, um gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen. Es bedarf vielmehr eines entschlossenen Handelns und konkreter Maßnahmen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- sicherzustellen, dass in der Sekundarstufe I ausreichend Geschichtsunterricht erteilt wird, um auch tatsächlich Ursachen und Gründe für den Antisemitismus fundiert behandeln zu können;
- im Lehrplan für die Sekundarstufe I im Bereich Sozialkunde die Befassung mit Zuwanderung und Integration im Zusammenhang mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und den Ursachen von Polarisierung vorzuschreiben und sicherzustellen, dass über Vorurteile und bestehende Ängste gesprochen wird;

- einen Preis für Zivilcourage auszuloben, mit dem jährlich drei rheinland-pfälzische Schülerinnen und Schüler geehrt werden, die sich gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit engagiert haben. Die Preisträger sollen einen einkommensunabhängigen Betrag während der Ausbildung oder des Studiums (Regelstudienzeit) bekommen;
- einen Lehrstuhl für „Jüdische Geschichte und Kultur“ an der Johannes Gutenberg-Universität einzurichten, der die jüdische Geschichte und Kultur erforscht.

Für die Fraktion:
Martin Brandl